



STELLUNGNAHME zum Antrag GRÜNE-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	2019/0605
	Verantwortlich:	Dez. 2
Vorrang für Open-Source-Lösungen bei der Stadtverwaltung		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	16.07.2019	10	x	

Kurzfassung

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, auf den pauschalen Vorrang von Open-Source-Technologien zu verzichten, da eine Kompatibilität mit Anwendungen des Rechenzentrumsverbundes ITEOS derzeit nicht gegeben ist und sich der administrative Aufwand deutlich erhöhen würde.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgerträge und Folgeinsparungen)	
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>				
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu				
IQ-relevant	X	Nein		Ja
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	X	Nein		Ja
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	X	Nein		Ja
				Korridor Thema: durchgeführt am abgestimmt mit

Die Stadtverwaltung Karlsruhe prüft bei der Beschaffung neuer Softwaresysteme regelmäßig, ob die Ziellösung auf Open Source Technologien basieren kann. Aktuell wird das Content-Management-System des neuen Internetauftritts als Open-Source-System ausgeschrieben, da bereits positive Erfahrungen in der Vergangenheit Open-Source in diesem Einsatzfeld prädestiniert. Zudem ist Open-Source bei zentralen IT-Projekten, z. B. dem Transparenzportal, dem Bürgerbeteiligungsportal, bei der sogenannten KA-Cloud, bei der Entwicklung der City-App digital@KA und vielen weiteren Web-Anwendungen im Einsatz.

Allerdings zeigen gerade auch Erfahrungen aus anderen Städten, dass ein Komplettumstieg oder ein genereller Vorrang für Open-Source-Software praktisch nicht umsetzbar sind. Prominentes Beispiel ist die Stadt München. Die Stadt benötigte insgesamt 10 Jahre, um ihre Systemlandschaft in Eigenregie auf Open-Source umzustellen. Nach drei Jahren Betrieb mit zahlreichen Komplikationen wurde wieder auf Microsoftprodukte zurück migriert. Es zeigte sich, dass für die Anwenderinnen und Anwender der Umgang mit marktüblicher Standardsoftware einen deutlich geringeren Schulungsaufwand mit sich bringt. In Baden-Württemberg hat sich zuletzt Freiburg entschlossen, den Open-Source-Weg für Standardsoftware wieder zu verlassen. Ausschlaggebend waren Kompatibilitätsgründe zu bereits eingesetzten Fachverfahren und Systemen, Wirtschaftlichkeit (z.B. bei Updates zur Erhaltung der IT-Sicherheit) und die bereits genannte Benutzerfreundlichkeit. IT-Systeme für Kommunen unterstützen häufig sehr individuell die Anforderungen der jeweiligen Fachämter. Hierzu kommen zahlreiche Softwareprodukte von Fachherstellern zum Einsatz, die vornehmlich eine Kompatibilität zu Standardsoftware der Firma Microsoft voraussetzen.

Große Fachanwendungen werden überwiegend vom IT-Dienstleister ITEOS, dem neuen kommunalen Rechenzentrumsverbund des Landes Baden-Württemberg bezogen und dort auch betrieben; beispielsweise Finanzwesen, Personalwesen, Anwendungen des Ordnungs- und Bürgeramtes, E-Akte. Ganz im Sinne eines Zweckverbandes werden dort Anwendungen für den kommunalen Einsatz entwickelt oder modifiziert, was unter anderem auch gewährleistet, dass rechtliche Änderungen umgehend in die Anwendungen eingearbeitet werden.

Die Prozessplattform Service.BW, die das Land Baden-Württemberg im Zuge der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) bereitstellt, setzt auf den Fachanwendungen von ITEOS auf, was eine ganzheitliche digitale Prozesskette von den Bürgern über die Prozessplattform zur Fachanwendung inklusive einer Bezahlplattform gewährleisten soll.

Standardsoftware wie Betriebssysteme und sogenannte Office-Anwendungen (inklusive E-Mail) werden als Beistellpflicht seitens ITEOS verlangt. Dabei wird die Kompatibilität fast ausschließlich für Microsoftprodukte gewährleistet. Eine Änderung dieser Strategie ist derzeit nicht zu erwarten.

Der Einsatz von Open-Source Produkten/eine pauschale Präferenz dieser Produkte würde den administrativen Aufwand auch für Service und Support sowie gegebenenfalls Entwicklerleistungen und deren Dokumentation bei der Stadt Karlsruhe deutlich erhöhen, was bei zunehmendem Fachkräftemangel problematisch ist. Die individuelle Softwareanpassung und der individuelle Support würden zu derzeit noch nicht bezifferbaren deutlichen Mehrkosten führen. Eine Doppelvorhaltung von Fachwissen für beide Systemwelten wäre nicht wirtschaftlich.